

Soforthilfe-Zuschuss "Härtefälle Kultur"

Überblick

Mit dem Zuschuss unterstützt der Freistaat Sachsen

- gemeinnützig anerkannte freie Träger im Bereich Kunst und Kultur,
- freie Träger im Bereich Kunst und Kultur ohne anerkannte Gemeinnützigkeit,
- Unternehmen des Privatrechts in Form von Personengesellschaften,
- Träger von kleinen und mittleren kulturellen Spielstätten in den Bereichen Darstellende Künste und Musik, die im Haupterwerb Einzelunternehmer oder selbständige Angehörige der Freien Berufe sind (Weitere Zuwendungsvoraussetzungen finden Sie unter der Rubrik "Wer wird gefördert?".)

deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit infolge der amtlichen Maßnahmen während der Corona-Pandemie beeinträchtigt ist.

Freiberufler sind nicht antragsberechtigt, es sei denn, es handelt sich um Träger von kleinen und mittleren kulturellen Spielstätten in den Bereichen Darstellende Künste und Musik.

Die Unterstützung wird zur Überbrückung finanzieller Engpässe gewährt, die zwischen 15. März 2020 und 31. Dezember 2020 bzw. zwischen 01. Januar 2021 und 31. Dezember 2021 entstanden sind bzw. entstehen.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.

Wer wird gefördert

Der Zuschuss richtet sich an

- gemeinnützig anerkannte juristische Personen des Privatrechts,
- juristische Personen des Privatrechts ohne anerkannte Gemeinnützigkeit (auch Personengesellschaften),
- Unternehmen des Privatrechts in Form von Personengesellschaften,

- Träger von kleinen und mittleren kulturellen Spielstätten in den Bereichen Darstellende Künste und Musik, die im Haupterwerb Einzelunternehmer oder selbständige Angehörige der Freien Berufe sind, sofern
 - der Betrieb einer kulturellen Spielstätte ihr hauptsächlicher Unternehmenszweck ist,
 - die Spielstätte mindestens 24 kulturelle Veranstaltungen pro Jahr vorweisen kann (Nachweis anhand des Jahresprogramms 2019),
 - die Veranstaltungen allgemein öffentlich zugänglich sind und
 - die Spielstätte maximal 2.000 Besucherplätze (sitzend/stehend) hat.

die satzungsgemäß als freie Träger in einem der folgenden Bereiche der Förderung von Kunst und Kultur tätig sind:

- Bibliotheken, Literatur
- Bildende Kunst
- Darstellende Künste
- Film
- Heimat- und sonstige Kulturpflege, einschließlich Festivals
- Kulturelle Bildung (Kulturelle Spielstätten)
- Museen, Sammlungen, Ausstellungen
- Musik
- Soziokultur
- Zoologische und Botanische Gärten, Landschaftsparks

Voraussetzung für eine Förderung ist, dass Sie Ihren Sitz bereits vor dem 15. März 2020 im Freistaat Sachsen hatten und überwiegend im Freistaat Sachsen tätig sind.

Als überwiegend wirtschaftlich tätiger Träger sind Sie antragsberechtigt, wenn Sie nicht bereits am 31. Dezember 2019 in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Abs. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung [EU] Nr. 651/2014) waren.

Nicht gefördert werden

Von einer Förderung ausgeschlossen sind Volkshochschulen, Kirchgemeinden oder sonstige Religionsgemeinschaften sowie Stadt- und Mehrzweckhallen.

Freiberufler sind nicht antragsberechtigt, es sei denn, es handelt sich um Träger von kleinen und mittleren kulturellen Spielstätten in den Bereichen Darstellende Künste und Musik.

Was wird gefördert

Mit dem Zuschuss unterstützt der Freistaat Sachsen freie Träger im Bereich Kunst und Kultur, die infolge amtlicher Maßnahmen während der Corona-Pandemie mit Einschränkungen konfrontiert sind, die sich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Träger auswirken.

Ziel ist es, durch den Zuschuss finanzielle Engpässe zu überbrücken, die im Verlauf des Jahres 2020 entstehen, und so die Existenz der Träger zu sichern sowie zum Fortbestand der vielfältigen Kulturlandschaft beizutragen.

Im Rahmen der Förderung können Sie Liquiditätsbedarf geltend machen, der aus unabweisbaren Einnahmeausfällen (coronabedingte Mindereinnahmen) und/oder notwendige zusätzliche Betriebsausgaben (coronabedingte Mehrausgaben, z. B. für Hygienemaßnahmen, digitale Angebote als Veranstaltungersatz) entsteht.

Leistungen Dritter, die Sie erhalten haben oder beanspruchen können, sind vom Liquiditätsbedarf abzuziehen (z. B. Zuschüsse des Bundes einschließlich der Überbrückungshilfe, Leistungen der Kommunen und Kulturräume, Ansprüche nach dem Infektionsschutzgesetz, Versicherungsleistungen).

Es ist nur möglich, gleichzeitig mehrere Zuschussprogramme des Freistaates Sachsen mit ähnlicher Zielrichtung in Anspruch zu nehmen, wenn die Summe der Zuschüsse den Bedarf nicht übersteigt (keine Überkompensation).

Konditionen

Die Höhe des Zuschusses beträgt je nach erklärtem Liquiditätsbedarf bis zu 10.000 Euro jeweils für 2020 und 2021.

Können Sie einen höheren Liquiditätsbedarf nachweisen (Angaben im Antrag), kann der Zuschuss bis zu 50.000 Euro jeweils für 2020 und 2021 betragen.

Der Liquiditätsbedarf ergibt sich aus der Summe der coronabedingten Mehrausgaben und weiteren laufenden Betriebsausgaben. Einnahmen, die zwischen 15. März 2020 und 31. Dezember 2020 bzw. zwischen 1. Januar 2021 und 31. Dezember 2021 entstehen, werden bei der Ermittlung des Liquiditätsbedarfs abgezogen.

Leistungen Dritter, die der Antragsteller tatsächlich erhalten hat oder beanspruchen kann, sind als Einnahmen zu berücksichtigen (z. B. Zuschüsse des Landes, Zuschüsse des Bundes einschließlich der Überbrückungshilfe, Leistungen der Kommunen und Kulturräume, Ansprüche nach dem Infektionsschutzgesetz, Versicherungsleistungen).

Es ist nur möglich, gleichzeitig mehrere Zuschussprogramme des Freistaates Sachsen mit ähnlicher Zielrichtung in Anspruch zu nehmen, wenn die Summe der Zuschüsse den Bedarf nicht übersteigt (keine Überkompensation).

Ablauf/Verfahren

Zuständige Stelle

Antrags- und Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - (SAB)

Verfahrensablauf

Der Antrag auf Förderung ist unter Verwendung der vorgegebenen Antragsformulare bei der SAB einzureichen.

Verwenden Sie dazu bitte unser [Förderportal](#) .

Wichtiger Hinweis:

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt ausschließlich auf die Bankverbindung, die gegenüber der Finanzverwaltung z. B. im Rahmen Ihres Körperschaftsteuerbescheids angegeben wurde. Geben Sie diese Bankverbindung bei der Antragstellung an.

Frist/Dauer

Anträge können bis spätestens 20. November 2021 bei der SAB gestellt werden.

Rechtsgrundlagen/Infoblätter

[Richtlinie Corona - Härtefälle Kultur vom 25. Juni 2020](#)

[Richtlinie zur Änderung der Richtlinie Corona - Härtefälle Kultur vom 13. November 2020 \(PDF, 708 kB\)](#)

Kosten

Für die Antragsbearbeitung erhebt die SAB keine Gebühren.

Die Verwendungsnachweisprüfung für dieses Programm ist noch nicht gestartet. Sobald dies möglich ist, stellen wir Ihnen die Informationen und Dokumente zur Verfügung.

Formulare/Downloads

Elektronische Antragstellung

Bitte stellen Sie Ihren Antrag online über das [Förderportal der SAB](#) .

Wichtiger Hinweis für Clubbesitzer/Betreiber kultureller Spielstätten

Clubbesitzer/Betreiber kultureller Spielstätten, die im Haupterwerb Einzelunternehmer oder selbständige Angehörige der freien Berufe sind, beantworten bitte folgende Abfrage bei der Antragstellung im Förderportal mit „ja“. Die Abfrage findet sich im Bereich „Zuwendungsvoraussetzungen“.

„Ich erkläre, dass ich als Antragsteller kein Freiberufler/Einzelunternehmer bin oder als Träger einer kleinen oder mittleren Spielstätte in den Bereichen Darstellende Künste und Musik im Haupterwerb Einzelunternehmer oder selbstständiger Angehöriger der Freien Berufe bin.“

Sollte es dennoch Probleme bei der Antragstellung geben, wenden Sie sich bitte an unsere Kundenberater unter 0351 4910-1100.

[Hilfestellung zur elektronischen Antragstellung \(PDF, 635 kB\)](#)

Sollte das Portal kurzfristig nicht erreichbar sein, versuchen Sie es bitte zu einem späteren Zeitpunkt erneut.

1. Sofern Sie noch kein SAB Portal Nutzer sind, [registrieren Sie sich](#) bitte und füllen dann Ihren Antrag online aus.
2. Sobald Ihr elektronischer Antrag vollständig ausgefüllt ist, senden wir Ihnen eine E-Mail mit einer Zusammenfassung Ihres Antrages für Ihre Unterlagen.
3. Mit Abschluss der Antragsbearbeitung werden die Antragsunterlagen direkt an die SAB zur Bearbeitung weitergeleitet.

FAQ

Fragen zur Antragsberechtigung

1. Förderfähig sind juristische Personen des Privatrechts als freie Träger im Bereich Kultur. Schließt das bestimmte Rechtsformen ein oder aus?

Die Richtlinie unterscheidet zwischen a) als gemeinnützig anerkannten juristischen Personen des Privatrechts (Ziff. III. Nr. 1) und b) juristischen Personen des Privatrechts ohne anerkannte Gemeinnützigkeit.

Zu a) Hier ist die Gemeinnützigkeit ausschlaggebend, d.h. das Vorliegen eines Freistellungsbescheids (= Gemeinnützigkeitsbescheinigung). I. d. R. handelt es sich hierbei um gemeinnützige Vereine und Gesellschaften (gGmbH), Stiftungen und Wohlfahrtsverbände.

Zu b) Hierunter fallen nicht-gemeinnützige (z. B. privatgewerbliche) Träger, worunter auch GmbH im Bereich der Kunst und Kultur (z. B. Veranstaltungs- und Kulturmanagement) subsumiert werden können. Ausschlaggebend ist grundsätzlich die Rechtsform: Als juristische Personen des Privatrechts gelten insbesondere Vereine, Stiftungen des Privatrechts, Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschl. der Unternehmergesellschaft, Aktiengesellschaften, eingetragene Genossenschaften. Antragsberechtigt sind auch privatrechtliche Unternehmen in Form von Personengesellschaften, die satzungsgemäß als freie Träger im Bereich der Förderung von Kunst und Kultur tätig sind. Dies bedeutet im Umkehrschluss natürliche Personen und juristische Personen des öffentlichen Rechts wie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sind nicht antragsberechtigt.

2. Schließen Beteiligungen der öffentlichen Hand eine Förderung aus? Wenn ja, ab welcher Beteiligungshöhe?

Bei der Definition des „freien Trägers“ wird allein auf die unmittelbare privatrechtliche Organisationsform abgezielt und insofern sind auch privatrechtlich verfasste Einrichtungen in mittelbarer kommunaler Trägerschaft („kommunale Töchter“) als „freie Träger“ zu behandeln, d. h. Unternehmen im Eigentum von Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind förderfähig. Von der Förderung ausgeschlossen sind Eigenbetriebe von Gebietskörperschaften (Beteiligung der öffentlichen Hand beträgt mindestens 25 %).

3. Sind Kinos im Bereich "Film" antragsberechtigt? Wie ist die Abgrenzung zur Richtlinie Corona-Kino/Soforthilfe-Zuschuss "Kino"?

Die Fördermöglichkeit über die Richtlinie Corona-Kino ist vorrangig in Anspruch zu nehmen. Eine Antragstellung über die Richtlinie Corona-Kultur ist nur möglich, wenn eine Förderentscheidung (Bewilligung/Ablehnung) in Corona-Kino vorliegt und der Liquiditätsbedarf weiterhin nicht gedeckt ist. Grundsätzlich ist zu beachten, dass Bundesmittel, worunter auch die Überbrückungshilfe des

Bundes zählt, vorrangig in Anspruch zu nehmen sind. Bitte prüfen Sie vor Antragstellung bei der Richtlinie Corona-Kultur auch die Fördermöglichkeit über die Kino-Förderung investiv Sachsen sowie das Zukunftsprogramm Kino des Bundes.

Fragen zur Förderfähigkeit von Ausgaben

1. Sind alle anfallenden Betriebskosten, die beim Antragsteller anfallen (z. B. auch Betriebskosten für ein kleines Café in einem Museum), förderfähig oder nur die Betriebskosten, die zum „kulturellen“ Teil gehören?

Auch diese Einnahmen und damit Ausgaben gehören zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb, dienen damit der Finanzierung der Kultur und sind somit Bestandteil der Betrachtung zum Liquiditätsbedarf, d. h. die Betriebsausgaben auch für die kleine Gastronomie/Café werden bei der Bemessung des Liquiditätsbedarfs berücksichtigt.

2. Können die Zuwendungen zur Kofinanzierung von Coronahilfen des Bundes eingesetzt werden?

Der Bund hat für den Bereich Kunst und Kultur ebenfalls Hilfsprogramme aufgelegt. Für diese Programme sind regelmäßig eigene Mittel einzusetzen, wobei diese auch durch Zuwendungen Dritter kompensiert werden können. Sofern der Träger beim Bund eine Förderung zur Finanzierung coronabedingter Mehrausgaben beantragt, die im Finanzierungsplan des laufenden Jahres nicht vorgesehen waren und die durch den Träger nicht finanziert werden können, kann die Finanzierung des zu erbringenden Eigenanteils über diese Richtlinie zur Förderung beantragt werden. Zusätzliche Ausgaben, die durch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie getroffene behördliche Maßnahmen für den Betrieb der Einrichtung notwendig sind, gehören zu den zuwendungsfähigen Ausgaben.

Fragen zum Verwendungsnachweis

1. Wie erfolgt der Nachweis über die Verwendung des Soforthilfe-Zuschusses?

Das Verfahren zur Nachweisführung über die zweckentsprechende Verwendung des Soforthilfe-Zuschusses ist derzeit noch in Abstimmung.

KONTAKT

Beratungs-Hotline
0351 4910-1100
Mo - Fr: 8:00 - 18:00 Uhr